



Infrastrukturprojekte

Vorhabenträger dürfen Bürger nicht manipulieren

Für die Akzeptanz der Energiewende wird eine dialogische Bürgerbeteiligung an Energie-Infrastrukturprojekten wie dem Neubau von Stromleitungen oder Windparks immer wichtiger. Beteiligung bedeutet, sich mit allen Betroffenen auseinanderzusetzen und niemanden auszuschließen. Gerade Gegner gilt es, gezielt anzusprechen und zu Beteiligten zu machen.

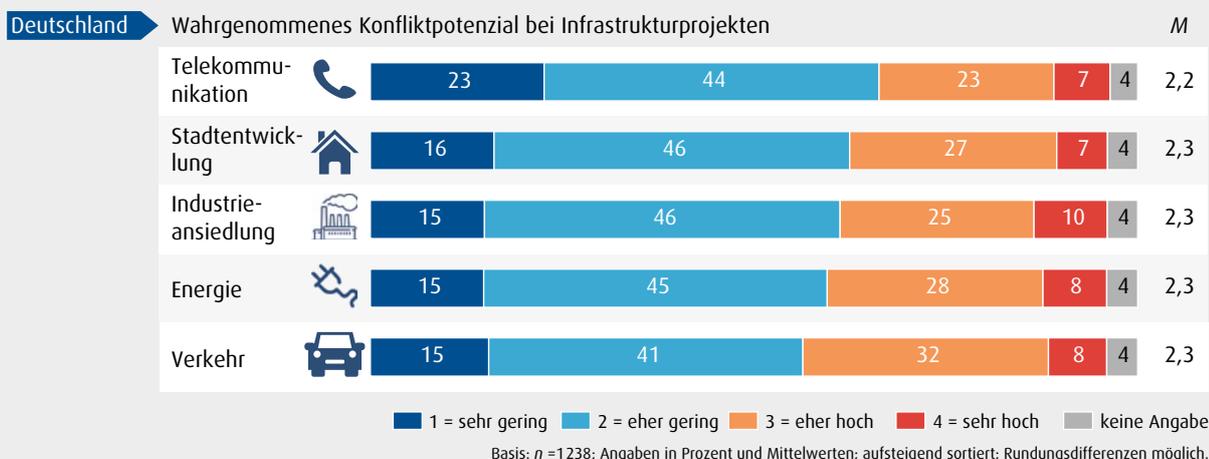
Ohne Energie kann unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Energie-Infrastrukturprojekte sind elementar für den Erhalt und die Entwicklung unseres Gemeinwesens. Die Energiewende erfordert Investitionen in die Energie-Infrastruktur, die in ihrer Breite und Tiefe einmalig in Deutschland sind. Sie zieht für Energieversorger und Energieverbraucher nie dagewesene Veränderungen nach sich.

Notwendigkeit einer dialogischen Bürgerbeteiligung

Auslöser für die Energiewende ist der Klimawandel, der infolge seines raschen Fortschreitens inzwischen auch als Klimakrise bezeichnet wird. Die Klimakrise sorgt für Spannungen und Spaltungen in unserer Gesellschaft und setzt für Krisen typische Strömungen in Gang. Zu beobachten ist zum

einen ein sich verstärkender Radikalismus von Gruppen, denen die Energiewende nicht schnell genug vorangeht. Ihre Strategie ist es, mit zivilem Ungehorsam Druck auf die Energiepolitik auszuüben. Zu bemerken ist zum anderen eine zunehmende Gegnerschaft von Gruppen, die entweder einzelne Energie-Infrastrukturprojekte oder auch die Energiewende insgesamt in Frage stellen.

Wie hoch schätzen Sie als Bürger das Konfliktpotenzial bei Infrastrukturprojekten in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld für die folgenden Sektoren ein?



Quelle: Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport 2023

Bild 1. Bevölkerung sieht bei Energie-Infrastrukturprojekten Konfliktpotenzial

Beiden Bewegungen in der Bevölkerung gilt es, Aufmerksamkeit zu widmen und sie in einen dialogischen Beteiligungsprozess einzubeziehen. Bestrebungen, diese ins Abseits zu stellen, führen eher zu deren Erstarkung. Daran kann niemandem gelegen sein. Denn ohne eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft kann die Energiewende nicht gelingen.

Ein erfolgreiches Akzeptanzmanagement für Energie-Infrastrukturprojekte bedarf einer demokratischen, konsensual orientierten Konfliktkultur. Die Bürgerbeteiligung darf keine Scheinbeteiligung sein. Vorhabenträger dürfen keine fertige Lösung präsentieren, sondern müssen die Bürger als Gestalter glaubwürdig an der Lösung mitwirken lassen¹. Dies verlangt einen Perspektivwechsel. Beschleunigung und Bürgerbeteiligung sind kein Gegensatz. Die Bürger sind nicht als Bremser, sondern als Schrittmacher der Energiewende zu betrachten. Ihre Potenziale abzurufen, ist für alle ein Gewinn.

Die kooperative Suche nach Lösungen fernab eines »von oben herab« hat sich im Rahmen gesetzlicher Vorgaben zu bewegen. Sie bedingt einen auf Konsens und Kompromiss angelegten Verhandlungsstil. Gemeint ist damit ein Dialog,

der durch Zuhören, Verstehen und Infra-gestellten der eigenen Position gekennzeichnet ist.

Eine darauf aufbauende dialogische Bürgerbeteiligung will gut durchdacht und gemacht sein. Akzeptanzkommunikation heißt nicht, »wie manipuliere ich die Bürger am besten, damit sie das machen, was ich will«. Akzeptanzkommunikation heißt auch nicht, »die Bürger einfach nur mitzunehmen«. Akzeptanzkommunikation bedeutet vielmehr, die Bürger mit ihren Anliegen zum feststehenden Bestandteil jedes Energie-Infrastrukturprojekts zu machen. Es ist sicherzustellen, dass sich alle Bürger einbringen können und alle Interessen vertreten sind. Interessensgegensätze sind ausdrücklich anzuerkennen. Wo sie auftreten, gilt es, ausgewogen zu vermitteln.

Anforderungen der Bevölkerung an eine dialogische Bürgerbeteiligung

Im Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport² wurde die Bevölkerung in Deutschland

dazu befragt, wie sie sich eine dialogische Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten vorstellt.

Energie-Infrastrukturprojekte sind für die Bevölkerung Anziehungspunkte. Sie werden von den Bürgern aufmerksam verfolgt. Rund 39 % haben die Umsetzung entsprechender Vorhaben in ihrem Wohnumfeld in den vergangenen drei Jahren wahrgenommen.

Energie-Infrastrukturprojekte sind für die Bevölkerung Brennpunkte. Sie haben für die Bürger ein hohes Konfliktpotenzial (Bild 1). Rund 36 % sehen entsprechende Vorhaben kritisch. Allen voran Eingriffe in das Landschaftsbild sind der Bevölkerung ein Dorn im Auge. Insgesamt 39 % der Bürger missbilligen diese.

Bei der Information über Energie-Infrastrukturprojekte besteht nach Auffassung der Bevölkerung noch viel Luft nach oben (Bild 2). Rund 47 % der Bürger fühlen sich über die Planung von Vorhaben in ihrem Wohnumfeld schlecht unterrichtet.

Die Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten hat für die Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Rund 78 % halten sie für wichtig, 34 % sind mit den Beteiligungsmöglichkeiten unzufrieden und 23 % sind diese nicht bekannt (Bild 3).

Das Interesse, an Energie-Infrastrukturprojekten mitzuwirken, ist bei der Bevölkerung vorhanden. Insgesamt 30 % der Bürger sind dafür grundsätzlich aufge-

¹ Kiefl, Sophia; Barth, Gernot: Öffentlichkeitsbeteiligung als Werkzeug der Energiewende. Leipzig, 2023. Der Praxisguide kann hier abgerufen werden: www.steinbeis-mediation.com/buergerbeteiligung-2/praxisguide/

² Der Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport ist die erste repräsentative Langzeitstudie in Deutschland, die sich mit den Einstellungen der Bevölkerung zur Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten befasst. Der Report wurde 2023 erstmals aufgelegt. Befragt wurden 2 000 Bürger. Er kann hier bezogen werden: www.steinbeis-mediation.com/buergerbeteiligung-2/steinbeis-buergerbeteiligungsreport-2023

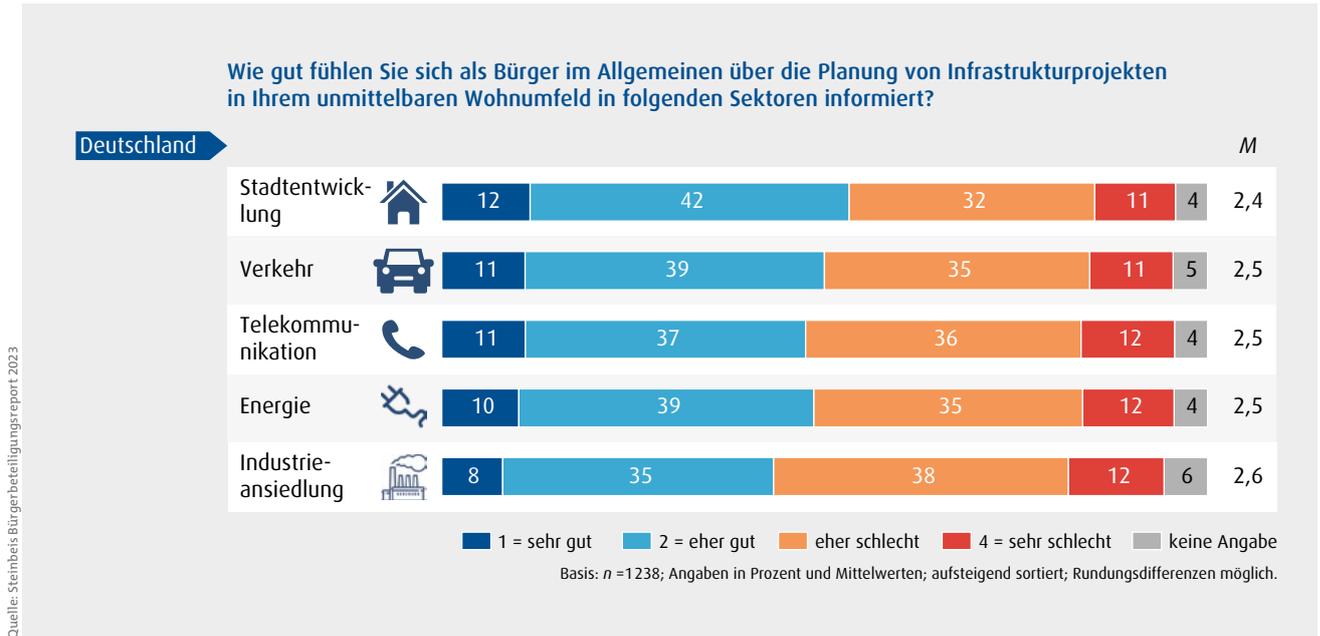


Bild 2. Bevölkerung fühlt sich über Energie-Infrastrukturprojekte schlecht informiert

schlossen, 33 % sind dazu bereit, sofern eine direkte Betroffenheit besteht. Insgesamt 46 % legen Wert darauf, bereits vor Beginn der Planung berücksichtigt zu werden.

Die frühzeitige Information der Betroffenen und der Öffentlichkeit ist nach Meinung der Bevölkerung der entscheidende Erfolgsfaktor für eine gelungene Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten. Rund 42 % halten diese für ausschlaggebend. Sehr wichtig sind für die Bürger außerdem die

Transparenz der Entscheidungsprozesse und das Vertrauen in die Handlungen des Vorhabenträgers (Bild 4).

Eine Schlüsselrolle bei der Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten spielen für die Bevölkerung die Kommunen. Insgesamt 38 % der Bürger sehen Städte und Gemeinden bei der Gestaltung von Beteiligungsprozessen als federführend an, 24 % können sich alternativ auch einen neutralen Ver-

mittler vorstellen. Lediglich 16 % halten die Genehmigungsbehörden und nur 12 % den Vorhabenträger für Ton angehend.

Eine Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten ist aus Sicht der Bevölkerung in jedem Fall sinnvoll und zielführend. Rund 50 % der Bürger glauben, dass sie Konflikten vorbeugen kann, 44 %, dass sie Klagen vermeiden kann, 41 %, dass sie die Planung besser verständlich macht.

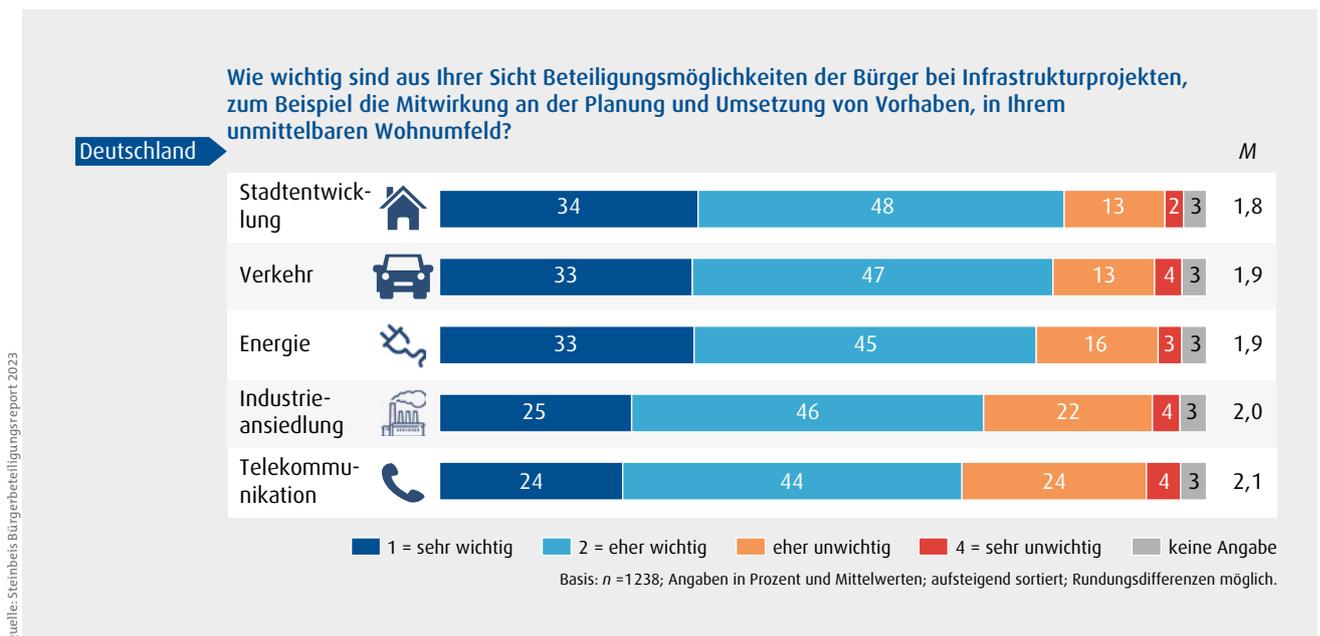
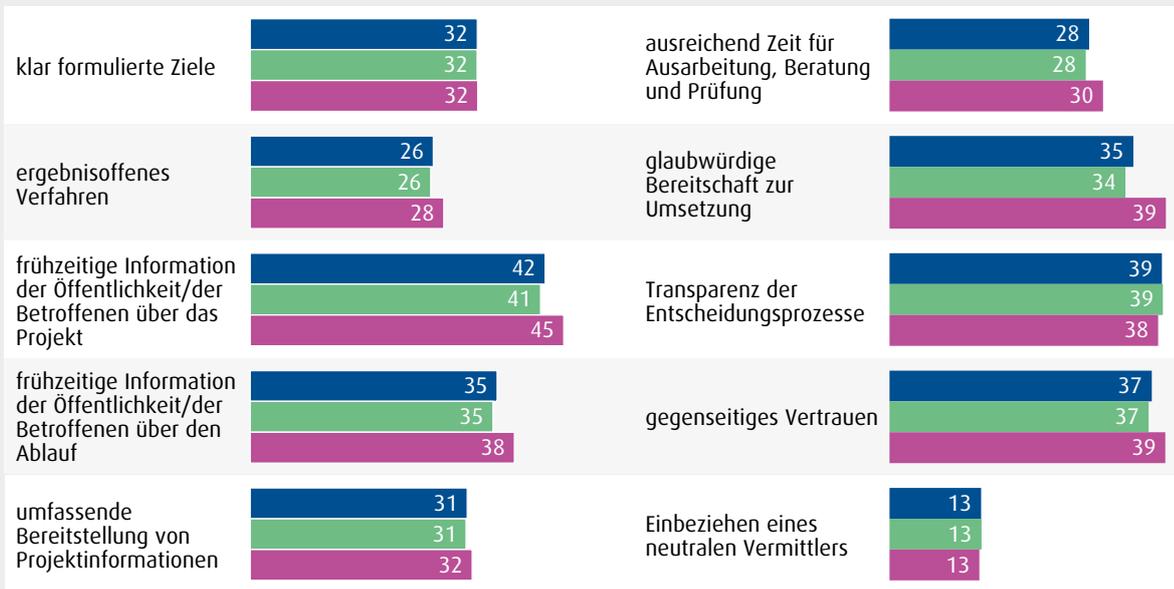


Bild 3. Bevölkerung hält Bürgerbeteiligung an Energie-Infrastrukturprojekten für wichtig

Quelle: Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport 2023

Was ist aus Ihrer Sicht für den Erfolg einer Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld besonders ausschlaggebend? (Mehrfachnennung möglich)



■ Gesamt ■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland
 Basis: n = 1238/n = 1000/n = 1000 (Gesamt/Westdeutschland/Ostdeutschland); Angaben in Prozent.

Bild 4. Frühzeitige Information, Transparenz und Vertrauen wichtigste Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung

Handlungsempfehlungen für eine dialogische Bürgerbeteiligung

Aus dem Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport leiten sich klare Handlungsempfehlungen der Bevölkerung für eine dialogische Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten ab.

- Frühzeitige Information, Transparenz und Vertrauen bilden das Grundgerüst für eine gelungene Bürgerbeteiligung.
- Die Bürgerbeteiligung muss so früh wie möglich erfolgen. Das heißt, die Bürger sind bereits vor Beginn der Planung einzubinden. Vorhabenträger sollten keine Angst vor einem »zu früh« haben. Denn nur, wenn die Planung noch veränderbar ist, ist eine Einbeziehung der Bürger glaubwürdig.
- Die Bürgerbeteiligung muss transparent sein. Das heißt, alle notwendigen Informationen haben für alle Bürger in allen Phasen verfügbar zu sein. Sie sind einfach und verständlich zu gestalten, damit sie für jeden nachvollziehbar sind. Das gleiche gilt für alle Dialogformate und -prozesse.
- Die Bürgerbeteiligung muss vertrauensfördernd sein. Das heißt unter anderem, alle Bürger sind sehr viel besser als bisher über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuklären. Wichtig ist, dass jeder über diese Bescheid weiß, unabhängig davon, ob er sie wahrnimmt. Ist das Vertrauen in den Vorhabenträger einmal verloren, ist es sehr aufwendig und kostspielig, es wieder zurückzugewinnen.

Anzeige

www.energie.de
 Das Portal der Energiewirtschaft
 energie.de



Prof. Dr. **Gernot Barth**,
 Leiter,
 IKOME | Steinbeis Mediation,
 Leipzig

>> gernot.barth@steinbeis-mediation.com

>> www.steinbeis-mediation.com